

Pressemitteilung

Osnabrück, 23.10.2018

Zum Antrag „NPOG auf basisdemokratische Füße stellen–Osnabrück für Bürger*innenbeteiligung zum Polizeigesetz“ der Fraktion DIE LINKE zur kommenden Ratssitzung, äußern sich die Ratsmitglieder der Fraktion DIE LINKE Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek:

„Der Protest gegenüber dem geplanten neuen Polizeigesetz in Niedersachsen ist groß. Auch in Osnabrück hat ein Bündnis eine Vielzahl von Menschen mobilisiert, ihre Ablehnung auf die Straße zu tragen. Bei der Großdemonstration in Hannover handelte es sich um die größte Demonstration in Niedersachsen in diesem Jahr.

Ein derart breite Skepsis in der Bevölkerung gegenüber einem Gesetzentwurf, zeigt für uns deutlich, dass in diesem Fall eine Bürger*innenbeteiligung angebracht ist. Daher fordern wir mit unserem Antrag die Landesregierung und den Landtag auf, eine entsprechende Bürger*innenbeteiligung vorzubereiten und im kommenden Jahr gemeinsam mit der Europawahl durchzuführen!“

V.i.S.d.P.: Lars Wöllecke | Fraktion DIE LINKE, Stadt Osnabrück | Bierstraße 29/30 | 0541/3234595 | 0152/56750888 | linkstraktion@osnabrueck.de | <http://www.linkstraktion-os.de> | facebook.com/linkstraktionOS | [Twitter: @linkstraktionOS](https://twitter.com/linkstraktionOS)

Pressemitteilung